

Menschenschmuggel verhindern

Hilfsprojekte der EU dürfen nicht nur zu veränderten Migrationsrouten führen

Felix Volkmar | Agadez, eine Stadt im Norden Nigers, diente jahrhundertlang als Tor zwischen Subsahara- und Nordafrika. Wo früher Kamelkarawanen unterwegs waren, sieht man heute vor allem Lastwagen und Toyota Hilux 4x4-Pickups durch den Wüstensand und die staubigen Straßen der Stadt fahren. Aufgrund der geografischen Lage profitierte die Wirtschaft der Stadt schon lange vom Transport von Schmuggelware.

Nach dem Fall des Gaddafi-Regimes in Libyen 2011 hat sich diese Schmugglerökonomie um ein weiteres Element erweitert: Menschenschmuggel. Seitdem kamen jede Woche Hunderte von Menschen aus ganz Afrika nach Agadez, um von dort weiter nach Libyen durch die Wüste gefahren zu werden in der Hoffnung, Arbeit zu finden oder eventuell weiter nach Europa zu gelangen. Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge durchquerten zwischen 2013 und 2016 fast 350 000 Menschen jährlich die kleine Wüstenstadt – wahrscheinlich die größte Menschenbewegung, die seit der Stadtgründung im Jahre 1449 hier verzeichnet wurde.

Die Zahl der Migranten in Agadez ging zurück – und damit die Einnahmequellen

Die Anwesenheit dieser Menschen hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Ökonomie der Region und ihre Bewohner. Neue Geschäftszweige entwickelten sich, die der strukturell vernachlässigten Stadt in einem der ärmsten Länder der Welt zu echtem Aufschwung verholfen haben. Neben den 100 bis 500 Dollar, die jeder Migrant an seinen Schmuggler für die Wüstendurchquerung zu zahlen hatte, mussten Unterkünfte und Essen bezahlt werden.

Auch staatliche Strukturen verdienten mit. Eine irreguläre Steuer zum Verlassen der Stadt sowie Abgaben an Militärcheckpoints ließen den Kreis der Profiteure weiter anwachsen. Es war eine willkommene wirtschaftliche Perspektive, nachdem diese Region seit den Tuaregaufständen Anfang der 1990er Jahre und dem damit einhergehenden Wegfall von Tourismus in der Region in eine schwere wirtschaftliche Krise geraten ist.

Ein neues Gesetz zeigt Wirkung

Bis zu meinem Besuch der Stadt Agadez im März 2018 hatte sich die Situation allerdings grundlegend verändert. Wegen des politischen Drucks seitens der Europäischen Union verabschiedete die Regierung von Präsident Mahamadou Issoufou im August 2016 ein Gesetz, das den Transport von Migranten durch die Wüste kriminalisierte und Menschenschmuggel mit einer hohen Geldstrafe belegte. Infolgedessen sank die Zahl der Migranten in der Stadt merklich ab und damit gingen auch die wirtschaftlichen Einnahmen für den Großteil der Stadtbewohner zurück.

Im Transitzentrum der IOM, wo zuvor Hunderte Migranten Unterstützung erhalten hatten, traf ich nur einige wenige Rückkehrer aus Libyen. Die Menschen aus unterschiedlichen Ländern einte die unglaublich schwierige Situation, die sie in Libyen durchlebt hatten. Einige berichteten aber auch von weiterhin vollen Jeeps, die ihnen in der Wüste bei ihrer Rückkehr entgegengekommen waren. Es gibt diese Migrationsbewegungen also weiterhin.

Was zunächst als politischer Erfolg seitens der EU dargestellt wurde – die Zahl der registrierten Migranten in Agadez ging ja zurück –, erwies sich aber nur als eine Verschiebung der Migrationsrouten. Diese haben sich nun als deutlich gefährlicher und tödlicher herausgestellt. Während man im Mittelmeer davon ausgehen muss, dass von 40 Menschen einer die Überfahrt nicht überlebt, geht man in der Wüste von beinahe doppelt so vielen Opfern aus.

Noch haben nicht alle angekündigten Hilfsprojekte der EU begonnen, und sie können ohnehin keine umfassenden ökonomischen Alternativen bieten. In einer Region, die in den vergangenen 30 Jahren zwei Bürgerkriege erlebt hat und in der vermehrt auch dschihadistische Gruppierungen aus den Nachbarstaaten Mali und Tschad junge Menschen rekrutieren, hat die wirtschaftliche Problematik schnell auch eine erhebliche politische Komponente.

Wichtig sind legale Möglichkeiten der Zuwanderung

Was lässt sich also aus dieser lokalen Perspektive lernen? Zunächst einmal muss jede Intervention ganzheitlich geplant werden und politische, ökonomische sowie soziale Folgen müssen beachtet werden. Menschen werden immer mobil bleiben. Politische Interventionen mit der Zielsetzung, diese Mobilität einzuschränken, tragen mithin eine Verantwortung für mehr Todesfälle auf immer gefährlicher werdenden Routen. Solange Grenzen befestigt, aufgebaut oder geografisch verschoben werden, wird es einen Markt für Menschenschmuggel geben. Daher kann eine effektive politische Intervention gegen Menschenschmuggel auch nur mit dem Ausbau von legalen Migrationsrouten einhergehen. Möglichkeiten wären hier beispielsweise die Aufstockung von Studienvisa sowie Visae erleichterungen für Fachkräfte, um nach Europa zu kommen.

Aber auch regional kann viel geschehen. So sollte die bereits bestehende Visafreiheit in der Wirtschaftsunion ECOWAS in Westafrika weiter gestärkt werden und Hürden wie Korruption an Grenzen sollten effektiv bekämpft werden, um Migration zu erleichtern.

Fast alle Staaten der Welt haben sich im Juli 2018 in New York auf den Global Compact for Migration geeinigt, in dem der Sicherheit von Migranten oberste Priorität eingeräumt wird. Nun liegt es an uns, an Staaten sowie ihren Vertreterinnen und Vertretern, diese Aufgabe zu erfüllen. • •

[Felix Volkmar arbeitete an politischen Interventionsmöglichkeiten zum Menschenschmuggel.](#)